3. Wie verhält sich das durch die Eintragung in die Zeichenrolle begründete Recht auf den alleinigen Gebrauch eines Warenzeichens in dem Falle, wo dieses aus einem Worte besteht, zu dem Rechte eines Kaufmannes auf die Führung seiner eingetragenen Firma, wenn zu ihr das als Warenzeichen eingetragene Wort gehört?

Gesetz zum Schutz der Warenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 §§ 12. 13 (R.G.Bl. S. 441).

I. Straffenat. Ur. v. 18. März 1897 g. L. Rep. 622/97.

I. Landgericht Münster.

Aus den Gründen:

. . . Der Angeklagte hat nach dem Empfange des Briefes vom 22. Juli 1896 aufgehört, die von ihm angefertigten Fahrräder mit dem Worte „Kondor“ zu bezeichnen, dagegen für seine Geschäftsbriefe

und Druckfachen die Bezeichnung „Kondor Fahrrad Werke L. & Co.“ beibehalten. Er hält sich dazu für berechtigt, weil das seine, seit April 1896 in das Handelsregister eingetragene Firma sei. Mit Recht hat jedoch der Vorderrichter diese Verteidigung nicht für durchgreifend erachtet, da schon vorher, am 17. November 1895, das Zeichen „Kondor“ für die Firma A. V. L. & B. eingetragen gewesen ist. Diese hatte durch die Eintragung nach § 12 des Gesetzes vom 12. Mai 1894 das ausschließliche Recht erlangt, dieses Zeichen auf Ankündigungen, Preislisten, Geschäftsbriefen u. dgl. anzubringen. Dadurch wurde folgerweise der Angeklagte gehindert, dasselbe Zeichen für den nach Art. 16 H.G.B. zulässigen, aber entbehrlichen, nur zur näheren Bezeichnung des Geschäftes dienenden Zusatz zu verwenden. Es ist verfehlt, wenn die Revision dieses Recht aus § 13 des Gesetzes ableiten will. Die durch ihn gegebene Einschränkung des aus § 12 folgenden Rechtes bezieht sich bei Firmen, die nach der Erlangung des Schutzrechtes für den Inhaber des Warenzeichens eingetragen werden, nur auf die nach dem Gesetze notwendigen Bestandteile einer Firma, nicht auf die von ihrem Inhaber willkürlich gewählten Zusätze. Der Firmeninhaber ist durch das wohlertworbene Recht des Inhabers des geschützten Zeichens eben rechtlich gehindert, dieses seiner Firma hinzuzufügen; das aus Art. 16 folgende Wahlrecht wird, ähnlich wie im Falle des Art. 20, durch bereits bestehende Rechte Dritter eingeengt. Die entgegenstehende Annahme würde der Schutzbestimmung des § 12 für die Fälle, wo das eingetragene Zeichen aus einem Worte besteht, ihren Wert nehmen, da jeder alsdann in der Lage sein würde, ein eingetragenes Wortzeichen seiner Firma hinzuzufügen und auf diesem Umwege sich dessen Gebrauch zu ermöglichen. Die Eintragung der jetzigen Firma des Angeklagten in das Handelsregister ändert zu seinen Gunsten nichts, da sie auf seinen einseitigen, nach Artt. 16—20 H.G.B. nur einer beschränkten Vorprüfung unterliegenden Antrag erfolgt.

Die Revision war hiernach zu verwerfen.